

Porträt der Woche: Anke Brunn (SPD)

Die Entscheidung war bewusst. Als Anke Brunn gefragt wurde, in welchem Landtagsausschuss sie mitarbeiten wollte, wurde ihr rasch klar, dass sie nicht für ihr früheres ministerielles Feld plädieren würde. „Also habe ich mich für Haushalt und Finanzen interessiert“, erklärt die Kölner Sozialdemokratin heute, bevor sie hinzufügt, „da ist im Moment viel Dampf drin“. Danach hält sie einen kleinen Vortrag über die vielen Kürzungen der neuen Regierung, sie umtreibt die Sorge, dass das Land in einigen Jahren anders aussehen wird als heute – positiv ist das nicht gemeint. Überall spürt sie zu viel marktradikalen Liberalismus, übrigens auch auf ihrem alten Politikfeld, an den Hochschulen. Sie ist bis heute gegen Studiengebühren: „Dann starten die jungen Menschen mit enormen Belastungen und vielen Schulden ins Berufsleben, genau dann, wenn sie eine Familien gründen und Kinder haben wollen.“ Mit einem Begriff wie dem Hochschulfreiheitsgesetz kann die ehemalige Wissenschaftsministerin des Landes wenig anfangen. „Das ist die Verabschiedung der Politik“, fürchtet Anke Brunn, sie sieht die Gefahr, dass man von einem Extrem ins Gegenteil verfällt, „der Staat muss nicht alles regeln, aber er darf sich auch nicht aus der Verantwortung stehlen und Bildung ist zunächst einmal eine staatliche Aufgabe“.

Dabei hatte sie selbst als Ministerin auf diesem Feld erste weitreichende Reformen angestoßen. Johannes Rau hatte die Sozialdemokratin aus Köln 1985 nach dem Gewinn der zweiten absoluten Mehrheit zur Wissenschaftsministerin berufen, sie sollte das Amt 13 Jahre lang behalten. In diese Zeit fallen wichtige Veränderungen.

Trotz heftiger Proteste aus der Szene hat sie den Hochschulstrukturplan 2001 auf den Weg gebracht. Wenig attraktive Studiengänge wurden damals geschlossen, die frei werdenden Kapazitäten auf neue Forschungsfelder gelenkt – unter dem Strich wurden 20 Prozent aller Stellen umgeschichtet. Schon 1990 legte Anke Brunn den ersten Grundstein für die größere Selbstständigkeit der Hochschulen. Neben dem „Aktionsprogramm Qualität der Lehre“ setzte sie die Initiative „Hochschulen und Finanzautonomie“ durch, mit denen sich die Universitäten grundlegend veränderten. „Wir wollen mehr Selbstverwaltung und mehr Professionalität, auch durch Globalhaushalte“, gab Brunn damals als Richtung vor – für sie war das die richtige Mischung zwischen Freiheit und notwendiger ministerieller Kontrolle. In einem hat sie sich freilich in alle den Jahren nicht verändert: Schon damals tritt sie energisch gegen Studiengebühren.

Nach dem Wechsel von Johannes Rau zu Wolfgang Clement schied sie 1998 aus dem Ministeramt aus. Obwohl sie die vom neuen Ministerpräsidenten Clement durchgesetzte Zusammenlegung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums für falsch hielt, ging sie mit ihrer Meinung damals nicht an die Öffentlichkeit. Sie beschränkte sich auf ihr direkt gewonnenes Kölner Mandat. Als sich die SPD in ihrer politischen Heimatstadt durch Finanz- und Korruptionsskandale an den Rand des Abgrunds brachte, sprang Anke Brunn als Kandidatin bei der Oberbürgermeisterwahl im September des Jahres 2000 ein. Der Überraschungssieger des Urnengangs 1999, der Christdemokrat Harry Blum, war plötzlich verstorben und die SPD

suchte jemanden mit ausreichendem Profil, um die Macht wieder zurtückzugewinnen. Da Anke Brunn neben ihrer Düsseldorfer Ministerzeit 1981 im Berliner Senat von Hans Jochen Vogel erste Erfahrungen als Senatorin gesammelt hatte, versuchte sie das weibliche Element nun auch in die Stadtpolitik einzuführen. Die Prioritäten lagen für sie klar. „Unter anderem selbstkritisch sein und mehr auf Lösungen als auf den Gegner schauen“, gab sie im Wahlkampf als ihre Parole aus. Sie kämpfte vehement gegen hemmungslose Privatisierungen. „Die Stadt darf ihr Tafelsilber nicht verkaufen“, wiederholte sie immerzu und schaffte am Ende einen Achtungserfolg für die durch Skandale gebeutelte Kölner SPD – sie holte im entscheidenden Wahlgang immerhin 47,7 Prozent. Seither hält sie sich eher im Hintergrund und zieht die Fäden bei der Erneuerung der Partei.

Mit Jochen Ott und Martin Börschel hat die Kölner SPD zwei viel beachtete Talente an die Partei- und Fraktionsspitze befördert. „Darauf bin ich stolz“, gibt Anke Brunn unumwunden zu und wünscht der Gesamtpartei ähnlichen Mut bei der personellen Erneuerung.

Autor:
Jürgen
Zurheide



FCL: Krampf und Kampf in Gevelsberg

Vorweg: Das Unentschieden war gerecht. Der FCL traf mit den Prominenten aus Gevelsberg auf ein Team, dem er auf Augenhöhe begegnen konnte. Die Spielanteile waren gut verteilt, ebenso die Chancen, wobei der FCL hier sogar ein leichtes Übergewicht hatte. Das Parlamentsteam ging auch in Führung. Einen zu kurz abgewehrten Ball nahm Fabian Langen etwa zehn Meter vor dem gegnerischen Kasten direkt und versenkte die Kugel unhaltbar im Netz.

Danach gelangen dem FCL einige sehenswerte Kombinationsansätze, aber insgesamt wirkte das Spiel nicht nur uninspiriert, sondern auch unstrukturiert. Zum Glück wirkte die hintere Defensivreihe des FCL mit Jörg Krause, Wolfgang Euteneuer und dem rustikal dazwischen fegenden Sören



Link recht sicher, konnte allerdings den Ausgleich kurz vor dem Pausenpfeif nicht verhindern. Auch der verletzt ins Spiel gegangene FCL-Keeper Rene Markgraf machte sich bei diesem Schuss unter das Quergestänge vergeblich lang.

Angetrieben von Spielführer Günter Langen und – von der Außenlinie – von Manager Hubertus Kramer brachte der FCL in der zweiten Halbzeit etwas mehr Linie in sein Spiel. Es blieb aber insgesamt ein Match mit mehr kampfbetonten als spielerischen Elementen. Dabei allerdings schenkten sich beide Teams nichts. Es ging zur Sache.

Beide hatten ihre Siegchance. Meistens jedoch wurde der FCL noch vor dem Strafraum gestoppt: „Kobra“ Willi Nowack lauerte deshalb vergebens auf den finalen Biss. Es blieb beim 1:1 Unentschieden. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion) Telefon (0211) 884-2304, 884-2545 und 884-2309, Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de
Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.